

Politischer Jahresbericht

Mittlerer Osten 2009



Beirut

Regionalbüro Mittlerer Osten, 2009

Von Layla Al-Zubaidi

Februar 2010

Inhalt

Libanon	3
Irak	4
Syrien	5

Libanon: The long way to a government...

Im ersten Halbjahr 2009 war das politische Klima im Libanon von den im Juni anstehenden Parlamentswahlen beherrscht. Während sich die beiden erbittert verfeindeten politischen Lager (auf der einen Seite das pro-westliche Lager der 14. März Koalition und auf der anderen die von Syrien und Iran unterstützte Allianz aus den schiitischen Parteien Hisbollah und Amal und der christlichen „Freien Patriotischen Bewegung“) jeweils als die einzigen Garanten für staatliche Legitimation und *nation building* per se darstellten, wurde für den Wahlkampf stärker als je zuvor mit konfessionellen Resentiments mobilisiert.

Die Parlamentswahlen selbst bescherten jedoch eine Überraschung: Entgegen den Erwartungen der Mehrzahl der politischen Beobachter sowie der Konfliktparteien selbst, konnte die von Hisbollah angeführte „Opposition“ zwar die Mehrheit der Stimmen (800,000 Stimmen, damit 100,000 Stimmen mehr als 14. März), aber keine parlamentarische Mehrheit erringen. Dies wurde von nicht wenigen im Lande mit Erleichterung aufgenommen, da man mit einem Sieg der Opposition internationale Isolierung erwartet hatte. In den westlichen Medien wurde das Ergebnis als Erfolg „moderater“ Kräfte und als Rückschlag für regionale Ambitionen des Iran gefeiert. Solche Berichte, die die Wahlen von 2009 zudem als die „bisher demokratischsten“ rühmten, übersahen jedoch, dass das neue Wahlgesetz (bei dem man auf eine alte Version zurückgriff) die konfessionelle Spaltung nur noch weiter geschürt hatte und die Durchführung der Wahlen selbst (die alle möglichen Formen von Betrug und Stimmenkauf aufwies) kaum einen Schritt zu mehr demokratischer Praxis hin darstellten. Es vergingen auch noch fünf Monate zur Bildung einer Regierung, die beide Seiten sowie regionale Verbündete wie Saudi-Arabien und Syrien damit verbrachten, einen Kompromiss auszuhandeln. Schließlich wurde jedoch allen Seiten deutlich, dass es keine andere Lösung als eine neue große Koalition und die Bildung einer »Regierung der Nationalen Einheit« gab.

Seit Sommer 2008 hat sich das Alltagsleben weitgehend normalisiert. Da der eigentliche Kern des Konflikts – das militärische Potential der Hisbollah und die gegensätzlichen außenpolitischen Ausrichtungen der beiden Lager – zum Thema weiterer Sitzungen eines schleppenden Nationalen Dialogs unter der Präsidentschaft von Michel Sleiman relegiert worden, bleibt jedoch weiterhin Konfliktpotential bestehen. Dies belegen auch die Attacken der Opposition auf den Präsidenten nachdem er vorgeschlagen hatte, den nationalen Dialog wieder aufzunehmen, um die nationale Verteidigungsstrategie zu debattieren, sowie die neuesten Drohungen von israelischer Seite. Das Land bleibt daher die Arena lokaler Konfliktakteure und labiler Gradmesser für regionale Rivalitäten.

Irak: Zu früh gefreut? Von friedlichen Provinz- zu blutigen Parlamentswahlen

Zu Beginn des Jahres 2009 stand der Irak unter dem Zeichen der Provinzwahlen, die zweiten seit dem Ende des Baath-Regimes im Jahr 2003. Diese waren unter anderem deshalb besonders bedeutsam, da ein weit verbreiteter Boykott der sunnitischen Araber bei den Provinzwahlen im Jahr 2005 zu nicht repräsentativen Provinzkörperschaften geführt hatte. Diese unheilvollen Entwicklungen arteten in den folgenden Jahren in einen brutalen Machtkampf aus, der Zehntausenden das Leben kostete, durch „ethnic cleansing“ die ethno-konfessionelle Durchmischung der Gesellschaft zerstörte und Millionen von Irakern in Flucht und Elend trieb.

Am 31. Januar 2009 fanden die Wahlen in vierzehn der achtzehn Provinzen des Irak statt. Das generelle Ergebnis musste zunächst als positiv gedeutet werden: Die irakische Bevölkerung strafte nicht nur konfessionelle Gewaltanwendung und das Terrorregime der Milizen, sondern auch Nepotismus und grassierende Korruption an den Urnen ab. Das Resultat waren schlechte Ergebnisse für die Parteien, die für diese Missstände verantwortlich gemacht werden, während die Unterstützung für die Zentralregierung in Bagdad und ihre Versuche, die staatliche Gewalt im Irak zu stärken, gestiegen war.

Premierminister Nouri al Maliki und seine in der Schia verwurzelte, aber in jüngster Zeit für einen nationalen Diskurs und eine Bündnisstrategie eintretende Da'wa-Partei gingen als Sieger hervor. Die von Maliki unterstützte „Rule of Law“-Liste gewann wichtige Provinzen wie Bagdad und Basra, und auch kleinere säkularistische Gruppen legten zu, während das Islamic Supreme Council of Iraq (ISCI), die größte schiitische Partei im Parlament, und die von dem radikalen Schiitenkleriker Mukta-da al Sadr geführte Sadr-Bewegung erhebliche Rückschläge hinnehmen mussten. Westliche Medien sahen die Wahlen zudem als positives Vorzeichen für die Übergabe der *Green Zone* an irakische Truppen, sowie den anvisierten Abzug der Amerikaner aus dem Irak.

Inzwischen ist die Freude jedoch stark gedämpft. Der run-up zu den im März 2010 anstehenden Parlamentswahlen gestaltet sich als äußerst blutig und Maliki muss sich Vorwürfe gefallen lassen, dass ihm die Kontrolle über die Sicherheitslage entglitten ist. Die Flüchtlingskrise ist weiterhin virulent. Auch die allgemeine Gewalt hat sich zwar verringert und sich auf den Stand vor Beginn des Bürgerkriegs eingependelt, ist damit jedoch noch keineswegs verschwunden, sondern hat sich teilweise nur verlagert. Während Bagdad, lange Epizentrum der Gewalt, etwas ruhiger geworden ist, sind nun andere Provinzen wie das nördliche Niniveh mit der Hauptstadt Mossul Schauplatz für den brutalen ethno-konfessionellen Krieg geworden. Im August und September 2009 fielen hunderte von Angehö-

rigen von Minderheiten systematischen Attacken zum Opfer. Grabenkämpfe zwischen Sunniten und Schiiten haben sich auf arabisch-kurdische Auseinandersetzungen verlagert, die vor allem in den Grenzgebieten und auf dem Rücken von Minderheiten ausgetragen werden.

Syrien – „Wir haben nichts gegen politischen Wandel, solange sich nichts ändert“

Auch während des Jahres 2009 hat sich die Taktik des syrischen Regimes je nach politischer Wetterlage exemplarisch gegen Reformaktivisten vorzugehen, ungebrochen fortgesetzt. Die Unterzeichner der so genannten „Damaskus-Erklärung“ (2005) und der „Beirut-Damaskus-Erklärung“ (2006) bleiben im Visier der Behörden, prominente Reformer wie der ehemalige Parlamentarier Raid Seif inhaftiert, und die syrische Opposition uneins und kaum handlungsfähig. Die von Obama vorangetriebene Annäherung an Syrien, die sich unter anderem in der, nach fünfjähriger Unterbrechung, Entsendung eines amerikanischen Botschafters nach Damaskus ausdrückte, hat dem Regime zu neuem Auftrieb verholfen.

Das Regime hat im vergangenen Jahr substantielle wirtschaftliche Öffnungen angekündigt und sich vage für eine „sozial orientierte“ Marktwirtschaft ausgesprochen. Der syrische Wirtschaftsexperte Nabil Sukkar kommentierte, dass es weitgehend unklar ist, wie sich dieser „soziale“ Aspekt gestalten soll, und dass es sich wahrscheinlich eher um Rhetorik handelt um die Arbeiterschaft zu beruhigen (Damaskus 2009). Eine mehr als drei Jahre anhaltende Dürre hat in Syrien zudem zu massiver Landflucht und Zerstörung der landwirtschaftlichen Infrastruktur geführt. Da Landwirtschaft 60% der nationalen Produktion ausmacht, hat dies verheerende Folgen auf die syrische Wirtschaft, außer geringfügigen Kompensationen für die geschädigten Bauern, haben die Entscheidungsträger jedoch keine langfristigen Politiklösungen parat.

Da der politischen Elite bewusst ist, dass sie, bei schrumpfenden Sozialleistungen, die auseinandergehende Einkommensschere kaum alleine wird abfedern können, gibt man zivilgesellschaftlichen Akteuren gegenüber Anzeichen, dass man gewillt ist, NRO mehr Freiräume einzuräumen, wenn diese einige der dringend benötigten Dienstleistungen übernehmen. Auch werden Vertreter des Regimes selbst immer stärker auch zivilgesellschaftlich tätig. Dies besonders durch den „First Lady's Trust“, der viele Bereiche zivilgesellschaftlicher Aktivität wie Jugend, Kultur, Frauenrechte und Entwicklung zu monopolisieren sucht. Grundlegender Wandel ist kaum zu erwarten. Syrien orientiert sich weiterhin stark am chinesischen Modell der Entkopplung von wirtschaftlicher und politischer Öffnung, oder wie ein syrischer Oppositioneller es ausgedrückt hat: „Die Regierung ist nicht gegen Wandel solange sich nichts verändert“ (Yassin Al-Haj Salih,

Damaskus 2009).

So präsentiert sich das syrische Regime auch weiterhin als Bollwerk gegen radikalen Islamismus und Ethnokonfessionalismus (die Nachbarländer Libanon und Irak gelten als abschreckende Beispiele). Während es zur Steigerung der eigenen Popularität unter der Bevölkerung loyale Islamisten und islamistische Zivilgesellschaft fördert, unterwirft man gleichzeitig kritische Stimmen im islamischen Lager und die säkulare Zivilgesellschaft weit strengeren Bedingungen. Auf regionaler Ebene stellt Syrien mit Hilfe islamistischer Akteure wie Hisbollah und Hamas sicher, dass Versuche einer Wiederbelebung des Friedensprozesses, Syriens Interessen berücksichtigen müssen.